

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 12.05.2026

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Dr. Wolfgang Aubke als Vertretung für Herrn Weber ab 18:08 Uhr (TOP 6)

Herr Vincenzo Copertino

Frau Tanja Orlowski

Herr Stephan Richter

Herr Michael Weber bis 18:08 Uhr

Herr Ralf Wiedemann

SPD

Herr Melchior Johann Fluhme

Herr Markus Kollmeier

Frau Lisa Marie Krätschmer

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lars Bauerdick bis 18:55 Uhr

Herr Joachim Hood

Frau Claudia Schmidt bis 18:55 Uhr

AfD

Herr Ricky Barylski

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Herr Dr. Dirk Schmitz

FDP

Herr Linus Runge

BSW

Herr Bernd Schatschneider

Beratende Mitglieder

Herr Özgür Aydin Psychiatriebeirat, bis 18 Uhr

Herr Cihad Kefeli Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Frau Andrea Knoke Seniorenrat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Kai Wittler Beirat für Behindertenfragen,
als Vertretung für Herrn Winkelmann

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Silke Aron
Frau Rosa Becker

Frau Sigrid Bonhaus
Frau Julia Harmsen

Frau Gisela Krutwage
Herr Fabian Möller
Herr Ingo Nürnberger
Frau Dr. Runa Speer

Herr Sören Wiebusch

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Beigeordneter, Dezernat 3
Büro für Sozialplanung
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt, zu TOP 8
Büro für Sozialplanung, zu TOP 11
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Büro für Sozialplanung, zu TOP 11
Erster Beigeordneter, Dezernat 5
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt, zu TOP 8
Stab Dez. 5

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Beier begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste zur dritten SGA-Sitzung.

Sie informiert über den Test eines KI-Portals zur Protokollerstellung durch die Stadt Bielefeld und fragt die Anwesenden nach ihrer Zustimmung, dass die Audioaufzeichnung dieser Sitzung dafür verwendet wird. Es gibt keine Einwände.

Vorsitzende Frau Beier verabschiedet Herrn Melchior Flume, der seit 2020 als sachkundiger Bürger im Ausschuss tätig war und dankt ihm für sein Engagement. Herr Flume bedankt sich beim Gremium für die gute Zusammenarbeit.

Vorsitzende Frau Beier stellt die form- und fristgerechte Einladung fest und verweist auf die Unterlagen im Informationsportal.

Sie schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP Neubesetzung des Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem „Teilhabefonds“, **Drs.-Nr. 1281/2025-2030** vor. Hierzu gibt es keine Einwände, die Anwesenden sind mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Der neue TOP wird als **TOP 12** eingefügt; die weiteren TOPs verschieben sich entsprechend.

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Suchtprävention für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 2.2

Wohnungsmarktbarometer 2025

- Der Ausschuss nimmt das [Wohnungsmarktbarometer 2025](#) zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1039/2025-2030

Herr Schmitz lobt die detaillierte Antwort, bemängelt fehlende Infos zur Barrierefreiheit im Klinikum Mitte und verweist auf die fehlende langfristige Finanzierung vieler sinnvoller, aber befristeter Projekte.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ (ÖGD) - Verwendung der Mittel (Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.05.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1270/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Langfristiger Ausbau des Engagement-Feldes „Nachbarschaftshilfe“ als Teil „Sorgender Gemeinschaften“ zur Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen im Quartier (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 16.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1096/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Unterstützung der Frauenhäuser und Abbau struktureller Barrieren (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 16.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1106/2025-2030

Herr Schmitz äußert, dass die Antwort die Lage gut beschreibe, jedoch aufzeige, dass Frauenhausplätze rar seien und es an barrierefreien oder barrierearmen Unterkünften mangle. Er hofft, dass künftig mehr Daten

erhoben werden, um den Bedarf besser zu ermitteln.

Frau Weißenfeld ergänzt, dass Bielefeld mit zwei Frauenhäusern in Nordrhein-Westfalen eine besondere Stellung einnehme. Sie hebt hervor, dass das Hauptproblem nicht die Anzahl der Plätze sei, sondern der Mangel an Wohnraum für Frauen, die aus den Frauenhäusern ausziehen möchten, um Plätze freizugeben.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 3.5 Kapazität, Auslastung und Bedarfsdeckung der Frauenhäuser in Bielefeld (Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1259/2025-2030

Herr Runge schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmitz an. Er äußert die Hoffnung, dass die Problematik auf Landes- und Bundesebene zügig angegangen werde.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 3.6 Sachstand zu „Präventive Hausbesuche“ (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 16.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1097/2025-2030

Herr Hood bedankt sich für die Beantwortung, zeigt sich jedoch enttäuscht über die langsame Umsetzung. Er äußert die Erwartung, dass die angekündigte Evaluation nach einem Jahr neue Erkenntnisse liefern werde.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 4 Anträge

Es sind keine Anträge zur Sitzung eingegangen.

Zu Punkt 5

Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE

Beratungsgrundlage:

Drucksachen:

0572/2025-2030/1

1309/2025-2030 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE

1310/2025-2030 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Drs.-Nr. 0572/2025-2030/1

Vorsitzende Frau Beier stellt fest, dass zwei Änderungsanträge vorliegen, die in der Reihenfolge ihres Einganges vorgestellt werden sollen. Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD enthalte den gesamten Beschlussvorschlag mit Änderungen ausschließlich beim Thema „§16i SGB II-Förderung“ und ersetze im Falle der positiven Beschlussfassung den Verwaltungsvorschlag.

Auf die Nachfrage von Herrn Hood erläutert Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Einsparsumme insgesamt steige, da seit Beginn dieses Jahres noch keine städtischen Förderungen von Maßnahmen nach § 16i SGB II bewilligt worden seien. Auch erhöhe der hohe Anteil an Teilzeitstellen die Einsparsumme.

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE (Drucks.-Nr. 1309/2025-2030)

Antragstext:

1. Die kommunale Förderung der Träger im Rahmen des SGBII §16i wird verringert. Ab 01.06.2026 sind kommunale Förderungen für neue Einsatzstellen erst ab dem 3. Jahr des Beschäftigungsverhältnisses zu bewilligen. Zudem soll sich die Fördersumme am jeweiligen Stellenanteil bemessen. Durch diese Förderungsumstellung würde die erste Neubewilligung nach den neuen Regelungen ab Mai 2028 erfolgen.
2. Das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ der REGE wird zum 30.09.2026 eingestellt.
3. Die Nacht der Berufe und die Berufsinformationsbörse werden in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
4. Das Bewerbungscenter für Zugewanderte wird in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
5. Das Übergangsmanagement an Realschulen wird verstetigt. Die Finanzierung erfolgt in 2026 aus Mitteln, die bisher für das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ eingeplant waren.
6. Ziel für die Angebote in den Punkten 3 bis 5 ist eine Verstetigung mit den Haushaltsberatungen für 2027f.
7. Die darüber hinausgehenden Haushaltsverbesserungen in Höhe von 159.000 Euro im Jahr 2026 kommen dem globalen Minderaufwand zu.

Zum gemeinsamen Antrag von CDU und SPD erklärt Herr Kollmeier, dass er das Ergebnis eines längeren Beratungsprozesses sei. Ziel sei

eine Lösung, die die Stärkung von Maßnahmen und Trägern sowie den globalen Minderaufwand berücksichtige. Er betont, dass zahlreiche Gespräche mit Trägern in den vergangenen Wochen zu einer neuen Bewertung geführt hätten und räumt ein, die ursprüngliche Vorlage habe nicht alle Bedürfnisse ausreichend bedacht. Der aktuelle Vorschlag zielen darauf ab, Träger und Maßnahmen im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit zu stärken, sei aber mit Kürzungen verbunden, die nicht überall Zustimmung finden würden. Dennoch sei der Beschluss wichtig als Signal für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen. Der Antrag sehe vor, die Förderung erst ab dem dritten Jahr an die Träger auszuzahlen, da die ersten beiden Jahre zu 100 Prozent vom Jobcenter finanziert würden, und den Trägerzuschuss an die tatsächlichen Stellenanteile anzupassen. Abschließend dankt er Trägern, Verwaltung und REGE für den intensiven Austausch und hebt die Bedeutung des gemeinsam erarbeiteten Kompromisses hervor, der jetzt zur Abstimmung stehe.

Frau Hopster betont, dass Kürzungen bei der Zusatzförderung für viele Träger problematisch seien, da diese Stellen geschaffen hätten, die ohne die Förderung nicht finanzierbar seien. Sie räumt ein, dass sie die Tragweite der Kürzungen zunächst unterschätzt habe, und hebt hervor, dass eine Vertagung der Entscheidung die Situation verschärfen würde, da bereits seit Jahresbeginn keine neuen Stellen mehr besetzt würden.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Drs.-Nr. 0572/2025-2030/1 (Drs.-Nr. 1310/2025-2030)

Antragstext:

Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt die Zuschüsse der 16i-Stellen nach dem Teilhabechancengesetz auf den aktuellen Stand von 125 Stellen weiter zu fördern.*
- 2. Die Verwaltung soll prüfen, inwiefern die Nacht der Berufe durch die beteiligten Unternehmen und Bielefeld Marketing finanziert werden kann.*
- 3. Die Verwaltung soll prüfen, welche Weiterfinanzierungsmöglichkeiten es durch Fördermittel oder Kooperationen für die Ernährungsbildung in Kitas gibt.*

Herr Hood betont, dass die zweite und dritte Lesung sinnvoll gewesen seien. Das § 16i-Projekt sei eines der erfolgreichsten Arbeitsmarktprojekte in Bielefeld und schaffe langfristige Perspektiven; es dürfe nicht gegen andere Maßnahmen ausgespielt werden. Seine Fraktion schlage eine Deckelung auf 125 Stellen und die Anpassung der Förderung an die tatsächlichen Stellenanteile vor. Die Ernährungsbildung für Kitas solle erhalten bleiben und alternative Finanzierungen geprüft werden.

Herrn Fluhme äußert zu Punkt 2 des Antrags der Grünen seine Verwunderung darüber, dass die Grünen den Vorschlag der Koalition zur Absicherung der „Nacht der Berufe“ nicht unterstützen und verweist darauf, dass in den letzten Jahren die Arbeitgeber zu einer weitergehenden finanziellen Unterstützung der „Nacht der Berufe“ nicht bereit gewesen seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass es zwar ein Sponsoring im niedrigen fünfstelligen Bereich gebe, jedoch sei dies nicht ausreichend, um die Veranstaltung zu finanzieren. Er weist darauf hin, dass Unternehmen in der aktuellen Wirtschaftslage Schwierigkeiten hätten, ihre Ausbildungsaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit aufrechtzuerhalten.

Herr Schmitz wünscht aufgrund der kurzfristig eingereichten Anträge eine weitere Lesung, zieht diesen Antrag aber im Verlauf der Diskussion wieder zurück. Zu Punkt 1. des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen hat er Bedenken hinsichtlich der Auswahlentscheidung, welche Stellenbesetzungen gefördert würden.

Herr Dr. Sander erklärt, dass Priorisierungen in Zeiten knapper Haushaltsmittel unvermeidlich seien. Er hebt die Bedeutung des Themas Gesundheit hervor, insbesondere im Hinblick auf Ernährungsbildung in Kitas, und kritisiert, dass diesem Thema zu wenig Beachtung geschenkt werde. Er kündigt an, dass seine Fraktion dem Antrag der Grünen zustimmen werde, da der Koalitionsantrag aus ihrer Sicht eine falsche Priorisierung aufweise.

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass in den Kitas ein stärkeres Bewusstsein für Ernährungsthemen bestehe, weshalb die Verantwortung nicht primär bei der REGE liege.

Vorsitzende Frau Beier schließt die Aussprache und lässt zunächst über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der **Drs.-Nr. 1310/2025-2030** abstimmen.

- Der Antrag wird mit Mehrheit **abgelehnt**. -

Danach führt Vorsitzende Frau Beier die Abstimmung über den ersetzenden Beschlussvorschlag des Antrages der Koalition mit der **Drs.-Nr. 1309/2025-2030** durch.

Beschluss:

1. Die kommunale Förderung der Träger im Rahmen des SGB II §16i wird verringert. Ab 01.06.2026 sind kommunale Förderungen für neue Einsatzstellen erst ab dem 3. Jahr des Beschäftigungsverhältnisses zu bewilligen. Zudem soll sich die Fördersumme am jeweiligen Stellenanteil bemessen. Durch diese Förderungsumstellung würde die erste Neubewilligung nach den neuen Regelungen ab Mai 2028 erfolgen.
2. Das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ der REGE wird zum 30.09.2026 eingestellt.
3. Die Nacht der Berufe und die Berufsinformationsbörse werden in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
4. Das Bewerbungscenter für Zugewanderte wird in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
5. Das Übergangsmanagement an Realschulen wird verstetigt. Die

Finanzierung erfolgt in 2026 aus Mitteln, die bisher für das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ eingeplant waren.

6. Ziel für die Angebote in den Punkten 3 bis 5 ist eine Verstärkung mit den Haushaltsberatungen für 2027f.

7. Die darüber hinausgehenden Haushaltsverbesserungen in Höhe von 159.000 Euro im Jahr 2026 kommen dem globalen Minderaufwand zu.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 6

Stellenplan 2027 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1003/2025-2030

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld vom 26.03.2026 aufgestellten Stellenplan für das Jahr 2027 zu genehmigen (Anlage).

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Ausbildungsreport 2025 der Jugendberufsagentur

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1222/2025-2030

Vorsitzende Frau Beier merkt an, dass der Schwerpunkt des aktuellen Ausbildungsreports auf der Perspektive junger Frauen hinsichtlich Berufsorientierung und dualer Ausbildung liege.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger kündigt an, dass der Bericht im kommenden Jahr weiterentwickelt werde: Geplant sei, den Fokus nicht nur auf die Ausbildungssituation zu legen, sondern auch die Arbeitsmarktlage für Menschen unter 25 Jahren zu berücksichtigen, was insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Bielefeld relevant sei.

Herr Kollmeier hebt die Bedeutung des Berichts für die politische Arbeit hervor. Er erinnert daran, dass der Report während der Corona-Pandemie initiiert worden sei, als eine Diskrepanz zwischen Ausbildungsplätzen und vermittelten Jugendlichen festgestellt wurde. Obwohl die Pandemie überwunden sei, gebe es nun andere Krisen, die die Situation weiterhin beeinflussten. Der Bericht diene als wichtiges

Instrument, um die Ausbildungssituation junger Menschen zu analysieren und der steigenden Jugendarbeitslosigkeit politisch gegenzusteuern.

- Der Ausschuss nimmt den [Ausbildungsreport 2025](#) der Jugendberufsagentur zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 8 Humanitäre Gynäkologische Sprechstunde - mündlicher Bericht

Vorsitzende Frau Beier begrüßt Frau Dr. Speer und Frau Becker zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Präsentation werde der Niederschrift als „**Anlage 1** TOP 8 HumGyn Sprechstunde“ beigelegt.

Frau Dr. Speer erläutert den zeitlichen Ablauf bis zum Start des Angebotes zum 01.01.2025, die Grundlagen und die Zielgruppe medizinisch bisher nicht versorgter Frauen in Bielefeld. Das Angebot sei niedrigschwellig, anonym und vertraulich.

Das Team der Humanitären Gynäkologischen Sprechstunde leiste gynäkologische Beratung und Untersuchung, Infektionstests und -behandlungen, Impfungen, Schwangerenvorsorge, Vermittlung an Krankenhäuser u.a. Die häufigsten Anliegen seien Schwangerenvorsorge, Unterbauchschmerzen und genitale Infektionen. Frau Becker ergänzt, dass die meisten Patientinnen mit hochkomplexen sozialrechtlichen Problemlagen in die Sprechstunde kämen. Daher sei ein zentraler Bereich ihrer Tätigkeit die sozialrechtliche und psychosoziale Beratung von Menschen ohne Krankenversicherung mit dem Ziel der Einbindung in das Regelsystem. Sie stellt das Kooperationsnetzwerk vor. Anschließend stellt Frau Dr. Speer die Statistik 2025 sowie Fallbeispiele vor.

Vorsitzende Frau Beier bedankt sich für die Arbeit, deren Relevanz sich an den geschilderten Fallbeispielen zeige. Dem Dank und der positiven Bewertung des Angebotes schließen sich Herr Fluhme, Herr Kollmeier und Frau Schmidt an.

Frau Dr. Speer erklärt auf Herrn Kollmeiers Frage, dass die Sprechstunde keine Hebammen im Team habe, jedoch auf die Hebammensprechstunde von pro Familia hinweise. Sie verweist auf die Kontaktdaten der Sprechstunde, die dem Protokoll als **Anlage 2** Flyer Fachzentrum sex. Gesundheit, hum. Gyn“ beigelegt ist.

Frau Harmsen erläutert auf Frage von Herrn Dr. Aubke die intensive Beschäftigung mit der KV-Ermächtigung. Sie führt aus, dass die Kassenärztliche Vereinigung grundsätzlich bereit gewesen sei, das Projekt zu unterstützen, jedoch die Einführung einer Chipkarte und einer kostspieligen Praxissoftware erforderlich gewesen wäre. Dies hätte nicht nur finanzielle Herausforderungen mit sich gebracht, sondern auch die Anonymität der Patientinnen gefährdet, welche aber ein zentraler Aspekt der Sprechstunde sei. Frau Dr. Speer ergänzt, dass nur 16,4 % der Patientinnen krankenversichert seien, was eine Umsetzung der KV-Ermächtigung zusätzlich erschwert habe.

Herr Copertino fragt nach den Gründen für die steigenden Patientenzahlen und nach der Bedeutung des Begriffs „würdevolle Befundvermittlung“. Frau Dr. Speer erklärt, dass die steigenden Zahlen darauf zurückzuführen seien, dass das Angebot zunehmend bekannt werde, jedoch bewusst nicht beworben werde, um Missbrauch zu vermeiden. Sie beschreibt die würdevolle Befundvermittlung als sensiblen Umgang mit den Patientinnen, insbesondere in schwierigen sozialen Kontexten, um deren Würde und Anonymität zu wahren.

Frau Hopster erkundigt sich nach der Versicherungssituation von Müttern und deren Kindern. Frau Becker erläutert, dass die Versicherungssituation individuell von der Konstellation zwischen Mutter und Kindsvater abhängt. In einigen Fällen könne die Geburt des Kindes die sozialrechtliche Situation der Mutter verbessern. Sie betont, dass keine Mutter ohne eine organisierte Versorgung entlassen werde, auch wenn dies in Fällen unklarer aufenthaltsrechtlicher oder sozialrechtlicher Situationen schwierig sei. In solchen Fällen werde auch das Jugendamt einbezogen.

Zu Punkt 9

Landesrahmenvertrag SGB XII - Fachberatung und Prävention für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1262/2025-2030

Herr Hood hebt hervor, dass der neue Landesrahmenvertrag neue Möglichkeiten eröffne.

Auf seine Fragen führt Frau Krutwage aus, dass die Verwaltung unabhängig von den genannten Projekten kontinuierlich mit dem LWL im Gespräch sei. Sie erläutert, dass der LWL zunächst in zwei Kommunen Modellprojekte gestartet habe, da die praktische Umsetzung des Rahmenvertrags noch unklar sei. Sie verweist auf das sogenannte „Kümmererprojekt“, dessen Landesfinanzierung Ende 2027 auslaufe, und erklärt, dass die Idee bestehe, dieses in den Landesrahmenvertrag zu integrieren. Bislang sei jedoch unklar, wie dies praktisch umgesetzt werden könne.

Frau Krutwage antwortet weiter, dass die Finanzierung durch den LWL stets eine 50-prozentige Kofinanzierung durch die Kommune voraussetze. Derzeit seien weder für das „Kümmererprojekt“ noch für die soziale Wohnraumagentur Mittel im Haushalt eingeplant, da die Entwicklung dieser Projekte neu sei. Die Verwaltung bemühe sich, Mittel über den LWL zu akquirieren. Es müsse aber auch die kommunale Leistungsfähigkeit für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln berücksichtigt werden. Die Verwaltung werde die Gremien über weitere Entwicklungen informieren.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 1262/2025-2030 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 10

LuF-Workshops mit Trägern und Verwaltung am 22.04.2026 - mündlicher Bericht

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über den aktuellen Stand. Die von ihm verwendete Präsentation ist unter „**Anlage 3** TOP 10 LuF-Workshop 22.04.2026“ im Informationssystem zur heutigen Sitzung öffentlich zur Verfügung gestellt.

Der Workshop am 22.04. sei konstruktiv verlaufen und finde in einem gemeinsamen Workshop von Trägern, Politik und Verwaltung am 09.06. seine Fortsetzung. Ziel sei, den politischen Gremien im September eine Beschlussvorlage vorzustellen. Unter anderem gebe es Überlegungen, durch eine Verlängerung der Vertragsperiode auf fünf Jahre den Entscheidungsträgern mehr Gestaltungsspielraum zu geben.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert am Beispiel der Diakonie für Bielefeld, welche positiven Effekte die Bildung eines Budgets bei den Trägern zeige. So könnte der Träger innerhalb verschiedener Angebote flexibel agieren, die Eigenverantwortung werde gestärkt und Bürokratie abgebaut. Dies bestärke die Verwaltung darin, weitere Budgetverträge zu prüfen.

In der anschließenden Diskussion wird Bürokratieabbau generell begrüßt.

Herr Hood ist skeptisch gegenüber einer fünfjährigen Vertragsperiode und fordert eine intensivere inhaltliche Diskussion angesichts knapper Kassen. Auch Frau Weißenfeld teilt diese Skepsis. Sie äußert Bedenken, ob die genannten Themen im Workshop ausreichend behandelt werden könnten, und fordert eine noch stärkere politische Einbindung.

Frau Hopster nutzt die Gelegenheit, ihre Position ausführlich darzulegen, da sie am Workshop nicht teilnehmen könne. Sie spricht sich für eine Verlängerung der Vertragsperiode aus, sofern die Politik regelmäßig informiert werde. Weiterhin betont sie die Bedeutung eines tragfähigen sozialen Netzes und wünscht sich eine weitergehende Betrachtung der Mietkosten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger sichert die Einladung aller relevanten Akteure, einschließlich des Jugendhilfeausschusses, zum Workshop am 09.06.2026 zu.

Zu Punkt 11

Interne Anlaufstelle Leichte Sprache

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1190/2025-2030

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Vorsitzende Frau Beier zur Berichterstattung Frau Bohnhaus und Herrn Möller. Deren Präsentation steht im Informationssystem unter „**Anlage 4** TOP 11 Interne Anlaufstelle für Leichte Sprache“ zur heutigen Sitzung öffentlich zur Verfügung.

Frau Bohnhaus, Fachkraft für leichte Sprache, ist seit August 2025 im Büro für Sozialplanung; die Anlaufstelle startete offiziell im Januar 2026.

Frau Beier bedauert, dass die neue Live-Version von SUMM AI zur Echtzeit-Übersetzung noch nicht vorgeführt werden kann. Herr Runge äußert Zweifel an der Effizienz des Projekts und fragt nach dem Bürgerfeedback. Hierzu verweist Herr Möller auf die Nachfrage u.a. beim internationalen Protesttag für Menschen mit Behinderung. Er betont den Nutzen für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, Lese-Rechtschreib-Schwäche und psychischen Erkrankungen. Frau Weißenfeld schlägt vor, mehr Personen mit unterschiedlichen Handicaps als Prüflerinnen und Prüfler einzubinden. Auf die Frage von Herrn Kefeli antworten die Berichterstatter, dass die Anfragen aus verschiedenen Dezernaten gekommen seien, das Dezernat 5 habe die meisten davon gestellt. Die KI biete derzeit keine Übersetzungen in andere Sprachen an. Da die KI derzeit noch fehleranfällig sei, bleibe aktuell eine menschliche Kontrolle unverzichtbar.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 1190/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 12

Neubesetzung des Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem „Teilhabefonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1281/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass der Vorschlag von Herrn Runge übernommen werde, den Kinder- und Jugendrat ebenso wie den Behindertenbeirat und den Integrationsrat in das Gremium einzubinden. Der Beschlussvorschlag werde entsprechend ergänzt.

Herr Hood verweist auf die unbefristete Haushaltssperre und hinterfragt, ob es unter diesen Umständen sinnvoll sei, das Vergabegremium zu bilden, um keine falschen Erwartungen bei den Antragstellern zu wecken. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass die Vorlage bereits vor der Haushaltssperre vorbereitet worden sei und betont, dass es sinnvoll sei, das Gremium für den Fall einer zukünftigen Vergaberunde zu etablieren. Er stellt klar, dass das Gremium vor der Sommerpause voraussichtlich nicht mehr einberufen werde.

Vorsitzende Frau Beier lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, das Vergabegremium für die Verteilung der jährlichen Projektmittel in Höhe von 150.000 € aus dem „Teilhabefonds“ wie folgt zu besetzen:

Kommunalpolitische Vertreter*innen

SPD-Fraktion

Mitglied: Markus Kollmeier

Stellvertretung: Judith Wend

CDU-Fraktion

Mitglied: Vincenzo Copertino

Stellvertretung: Stephan Richter

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied: Claudia Schmidt

Stellvertretung: Joachim Hood

Weitere Mitglieder

1 Vertreter*in des **Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration** (sowie Stellvertretung):

Murisa Adilovic (Mitglied), Kristina Kalaschova (Stellvertreterin)

1 Vertreter*in des **Beirates für Behindertenfragen** (sowie Stellvertretung):

Dr. Andreas Bruder (Mitglied), Rolf Winkelmann (Stellvertreter)

1 Vertreter*in des **Seniorenrates** (sowie Stellvertretung):

Iris Huber (Mitglied), Michael Holler-Göller (Stellvertreter)

1 Vertreter*in des **Psychiatriebeirates** (sowie Stellvertretung):

Özgür Aydin (Mitglied), Nicola Steininger (Stellvertreterin)

3 Vertreter*innen der **Wohlfahrts- und Jugendverbände** (sowie Stellvertretungen):

AGW: Benjamin Varnholt (Mitglied), Matthias Rotter (Stellvertreter)

Jugendring: Katja Häckel (Mitglied), Ralf Müller (Stellvertreterin)

Kinder- und Jugendrat: N.N (Mitglied), N.N. (Stellvertretung)

Dezernent für Soziales und Integration der Stadt Bielefeld – Vorsitz

2 Vertreter*innen aus dem **Büro für Sozialplanung** - Schriftführung

Die Vertreter*innen und Stellvertretungen der genannten Gremien und Verbände wurden durch diese selbst benannt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Ausblick**

Frau Krutwage erklärt, dass keine weiteren Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen abzuarbeiten seien.

Mit Blick auf die nächste Sitzung im Juni kündigt sie an, dass dann die Pflegebedarfsplanung vorgestellt werde. Sie erinnert an den Beschluss, die umfangreiche Pflegebedarfsplanung nur noch alle zwei Jahre durchzuführen. In diesem Jahr werde daher eine verkürzte Version präsentiert.

-.-.-

Vorsitzende Frau Beier schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 14 Mitteilungen

Es liegen keine nichtöffentlichen Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 15 Anfragen

Es liegen keine nichtöffentlichen Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 16 Anträge

Es liegen keine nichtöffentlichen Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 17 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Ausblick

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 18 Bericht an die Presse aus nichtöffentlicher Sitzung

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Beier schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Angelika Beier
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)